Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn) Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 488. **Montag** den 24. September 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen Neubeschüttung wird
der Windmühlenweg
in seiner Ausdehnung vom Bayerischen Platze bis zur Johannis-Allee
vom 26. dieses Monats ab
auf die Dauer der Arbeiten für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 22. September 1894.
Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 10294. Dr. Georgi. Stehl.

Bekanntmachung.

Zu vermiethen
ist eine große Wohnung nebst reichlichem Zubehör im III. Obergeschoß des städtischen Hausgrundstücks Grimmaische Straße Nr. 3 vom 1. October l. J. eventuell 1. Januar 1895 ab.

Im Einvernehmen mit der gegenwärtigen Inhaberin und dem Vermiether würde die Uebernahme der Wohnung auch vor dem 1. October erfolgen können.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegen genommen.

Leipzig, den 12. September 1894.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 3863. Dr. Georgi. Morche.

Bekanntmachung.

Die Bibliothek der Handelskammer bleibt vom 24. September bis zum 7. October (incl.) geschlossen.

Leipzig, den 21. September 1894.
Die Bibliotheksverwaltung der Handelskammer zu Leipzig.

Bekanntmachung.

Die weitere Ausgabe von Synagogenkarten findet
Montag, den 24. September, Vormittags 11—12 Uhr
in der Gemeindekanzlei (Synagogengebäude, eine Treppe hoch) statt.

Den bisherigen Inhabern bestimmter Plätze wird das Recht, dieselben Plätze im kommenden Synagogenjahre zu behalten, bis **Montag, den 24. September d. J., Mittags 12 Uhr** vorbehalten. Ueber die bis zu diesem Zeitpuncte nicht in Empfang genommenen Karten wird anderweit verfügt.

Die auf neue Anmeldung hin vorgemerkten Karten werden **Montag, den 24. September, Nachmittags von 3 Uhr ab** nach der Reihenfolge der Anmeldungen ausgegeben.

Wir bitten, bei Empfangnahme der Karten die **bisherigen Karten** und die **diesjährigen Gemeindesteuerquittungen** mitzubringen.

Leipzig, den 21. September 1894.
Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 23. September.

Der heutige Tag, der aus **Westpreußen** zahlreiche Schaaren nach **Varzin** führt, ist, wie die „Berl. N. N." in Erinnerung bringen, zugleich der Jahrestag des Eintritts des Fürsten Bismarck in sein Ministeramt. Am 23. September 1862 vollzog König Wilhelm die Cabinetsordre, durch welche er den damaligen Gesandten v. Bismarck an die Spitze der Staatsleitung berief und damit den Grundstein zu der großen Entwickelung der folgenden Jahrzehnte legte. Indem wir dankbar jener weisen königlichen Entschließung gedenken, geben wir zugleich von Neuem der Freude darüber Ausdruck, daß die gigantische Gestalt des Fürsten Bismarck jetzt nach 32 Jahren noch unter uns weilt und in ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung nicht allein der Geschichte, sondern auch der lebenswarmen Gegenwart angehört. Der heutige Tag giebt wiederum ein beredtes Zeugniß, daß die Nation die Einwirkung des Begründers ihrer Einheit auf ihre Geschicke und auf den Gang unserer öffentlichen Angelegenheiten nicht entbehren will, so lange sein Auge noch offen, sein Mund noch beredt, sein Herzschlag noch der des deutschen Volkes ist. Und erfreulicher Weise hat der gestrige Tag, an dem die Antwort des Kaisers auf die Begrüßung des Bürgermeisters von Thorn bekannt wurde, einen neuen Beweis dafür erbracht, daß wenigstens in einer großen nationalen Frage das Haupt des Reiches sich eins weiß mit seinem einstigen ersten Rathgeber und in dieser Frage die Rückkehr der preußischen und der deutschen Politik auf die Bahnen wünscht, die Fürst Bismarck eingeschlagen. Die ernste Mahnung, die der Kaiser in Thorn nicht nur an die Polen, sondern auch an Alle gerichtet hat, deren Pflicht die Erhaltung und Kräftigung des Deutschthums ist, fällt wie ein heller Sonnenstrahl auf das Fest, das heute in Varzin gefeiert wird, in die Seele des Altkanzlers und in die Herzen seiner Gäste. Leider fehlt es auch an einer kleinen Wolke nicht. Dem genannten Blatte wird nämlich aus Graudenz vom gestrigen Tage telegraphisch gemeldet:

„Die Betheiligung an der Huldigungsfahrt nach Varzin ist hier und in der Umgegend sehr lebhaft. Die Eisenbahndirection Bromberg hat die Zusage, zweistöckige Waggons zu stellen, wie sie im Bromberger Bezirksverkehr und auch auf der Berliner Ringbahn benutzt werden, plötzlich zurückgezogen und hält die Weigerung aufrecht. Der Secundairbahnbetrieb nach Hammermühle erlaubt nur 13 Waggons, welche über die Maßen überfüllt sind, so daß viele Graudenzer nach Danzig oder Marienburg fahren, um die Fahrt nach Varzin dort antreten zu können."

Vermuthlich ist die Thorner Kaiserrede in Bromberg noch nicht bekannt gewesen, als die plötzliche Zurückziehung der Zusage erfolgte. Vielleicht ist auch in letzter Stunde die Weigerung fallen gelassen worden. Jedenfalls aber wird ihr Eindruck auf den Fürsten und seine Graudenzer Gäste verwischt werden durch die Thorner Kaiserworte, die zugleich den Bromberger ultramontanen Polenbeschützern den Beweis liefern, daß die Protectoren einer deutschfeindlichen Bewegung die Stützen nicht sein können, die der Kaiser in dem Kampfe gegen die Umstürzler sucht.

Die fortschrittliche Presse bleibt dabei, daß man den **Umsturzbestrebungen** nicht mit Zwangs- und Kampfmitteln entgegenwirken könne, sondern nur mit geistigen Waffen, mit Belehrung und Ueberzeugung. Daß es allein mit Zuchtmitteln gethan sei, wird freilich Niemand behaupten; dieselben sollen nur den verwüsteten und unterwühlten Boden wieder empfänglich machen für vernünftige Worte der Verständigung und für die versöhnende Wirkung der großen arbeiterfreundlichen Reformen, die sämmtlich gegen den Widerstand der Fortschrittspartei zu Stande gekommen sind. Mit der jetzigen verwilderten, verrohten und verhetzten Socialdemokratie kann doch nur ein weltfremder Sonderling noch vernünftig reden wollen, und der wird niedergebrüllt und vielleicht sogar verhauen, wenn er muthig genug ist, aus der sicheren Schreibstube in die praktische Agitation hinauszutreten. Auf die Wirksamkeit der geistigen Waffen der Fortschrittspartei warten wir nun schon seit Jahrzehnten. Trotz aller Belehrung auf Zeitungspapier und in geschlossenen Versammlungen sehen wir nur, daß die Socialdemokratie jedes Jahr riesiger anschwillt. Und merkwürdig, gerade da, wo die fortschrittliche Belehrung am rüstigsten und unmittelbarsten an der Arbeit ist, läuft Alles den Socialdemokraten zu, so in Berlin und den meisten andern großen Städten, die fast ohne Ausnahme nur noch Socialdemokraten wählen. Wo die fortschrittliche Belehrung weniger Boden findet, wie in kleineren Städten und auf dem Lande, da ist die Bevölkerung auch für die Socialdemokratie wenig empfänglich. Ist denn die Fortschrittspartei so blind, um nicht zu sehen, daß sie noch nie einen Socialdemokraten bekehrt oder belehrt hat, wohl aber jedes Jahr Tausende ihrer bisherigen Anhänger in das Socialistenlager hinüberbelehrt? Die gesammte heutige Socialdemokratie bildete früher den festesten Stamm der Fortschrittspartei. Und angesichts solcher Erfolge reden diese Leute immer noch von der Wirksamkeit ihrer Belehrung!

Die neue **belgische** Kammer, die im November zusammentritt, wird in zwei Sprachen verhandeln. Das ist ein bedeutsamerer Umschwung der Verhältnisse, als man vielleicht meint. Das vlämische Volk fordert sein gutes Recht, und es wird ihm endlich verfassungsgemäß gewährt. Die Verfassung bestimmt, daß der Gebrauch der Landessprache facultativ ist, also in dem Belieben jedes Einzelnen steht. Bisher wurden in beiden Kammern alle Verhandlungen nur in französischer Sprache geführt; einzelne vlämische Deputirte leisteten zwar ihren Eid in vlämischer Sprache, aber sonst wurde diese Sprache nicht angewendet. Jetzt haben alle vlämischen Wählerversammlungen von ihren Candidaten gefordert, daß sie in beiden Kammern vlämisch sprechen, und mehrere ihrer Wahl sichere Deputirte haben sich hierzu verpflichtet. Auch die bisherigen Antwerpener Senatoren und Deputirten haben dem „Niederdeutschen Bond" für den Fall ihrer Wiederwahl die Anwendung des Vlämischen zugesagt. Es wird somit im belgischen Parlamente in beiden Sprachen verhandelt werden müssen. Ueber die hieraus zu erwartenden Folgen schreibt man dem „Hamb. Corr.": „Die vlämischen Volksvertreter beherrschen das Französische und Vlämische, aber die Wallonen können nicht ausreichend vlämisch, um eine in vlämischer Sprache gehaltene Rede zu verstehen; die meisten Wallonen sind jeder Kenntniß des Vlämischen bar. Es werden also amtliche Dolmetscher angestellt werden müssen, oder die vlämischen Deputirten müssen ihre vlämischen Ausführungen in das Französische übertragen. Zu Vorsitzenden beider Kammern können nur beider Sprachen mächtige Volksvertreter gewählt werden und alle Kammerbeamten, Stenographen, Secretaire, Huissiers u. s. w. müssen fortab beide Sprachen kennen. Diese Umwandelung wird beträchtliche Mehrkosten hervorrufen, aber ein mächtiger Wall gegen die Französirung Belgiens sein. Daß die Vlamländer, wenn sie in die Kammer das Vlämische einführen, in ihrem guten Rechte sind, wird allseitig anerkannt. Es wird bei dem Zusammentritte der Kammer zu wichtigen Entscheidungen in der Sprachenfrage kommen."

Von einem Zwischenfall zwischen **Italien und Serbien**, der allerdings schwerlich ernstere Conflicte im Gefolge haben dürfte, muß immerhin Notiz genommen werden. Erst gestern erklärte ein Telegramm der officiösen „Agencia Stefani", wie unsere Leser wissen, die Meldung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und Serbien für unbegründet. Heute aber wird mehreren durchaus zuverlässigen Blättern übereinstimmend gemeldet:

Der italienische Geschäftsträger in Belgrad, Graf Ramuzzi, sperrte die Kanzlei der italienischen Gesandtschaft und übertrug die Vertretung der italienischen Interessen der englischen Gesandtschaft. Von diesem Schritte hat das serbische Ministerium des Aeußern bisher keine amtliche Kenntniß. Die Ursache dieses Vorgehens wird der gereizten Stimmung des Grafen Ramuzzi zugeschrieben, die aus der mißlichen Lage des italienischen Handelsmuseums entspringt, wodurch mancherlei unangenehme Vorfälle im Verkehr mit den serbischen Behörden sich ergeben. Außerdem wurde Graf Ramuzzi zur Berichterstattung über die verworrenen Zustände des hiesigen italienischen Handelsmuseums nach Rom berufen.

In einer Belgrader Meldung der „Köln. Ztg." wird als Ursache des Bruches angegeben, daß die italienische Regierung einen in Vermögensverfall gerathenen Vorsteher einer italienischen Handelsagentur in Belgrad als Privatperson zu betrachten wünscht, während die serbischen Gerichte ihn als Agenten der italienischen Regierung ansehen.

Das Räuberunwesen in **Griechenland** hat bekanntlich dieser Tage wieder einmal von sich reden gemacht. Nähere Mittheilungen über die Ermordung des Oberstaatsanwalts Rosakis und des Untersuchungsrichters, der ihn begleitete, ergeben, daß Herr Rosakis einen entscheidenden Schlag gegen die Bande des berüchtigten Papakyriazoulis plante. Er war der Schrecken der Räuber in Mittelgriechenland. Nachdem er die Berge des Parnassus von den Unholden gesäubert, schickte er sich an, auch dem Treiben Papakyriazoulis's ein Ende zu bereiten, der schon ein Jahr lang die Gegend von Lamia unsicher gemacht hatte. In Begleitung des Untersuchungsrichters und der beiden Gerichtsschreiber hatte er in den östlichen Dörfern der Provinz Phtiotis bereits zahlreiche Bauern verhört, die mit den Räubern in geheimer Verbindung stehen mußten, als auf der Fahrt nach Lamia der verhängnißvolle Ueberfall erfolgte. Die Bande, die den Angriff unternommen hatte, ist zwar niedergemacht worden, aber des Führers Papakyriazoulis, der selbst nicht dabei gewesen zu sein scheint, ist man noch nicht habhaft geworden. Ein Preis von 20 000 Drachmen ist auf seinen Kopf gesetzt. — An die endgültige Beseitigung des Brigantenthums ist solange nicht zu denken, als die Corruption der griechischen Gerichte andauert. Unlängst wurde z. B. vor dem Larissaer Criminalgericht gegen ein Mitglied der Deputirtenkammer und dessen zwei Brüder wegen Mitschuld an einem Raubanfall verhandelt. Aus den Zeugenaussagen erhellte, daß die Beute getheilt war, und zwar erhielt einen Theil als Weihegeschenk — die Kirche. Natürlich bot die parlamentarische Gegenpartei Alles auf, um aus der Angelegenheit politisches Capital zu schlagen, aber es gelang den Freunden der Angeklagten, trotz belastender Zeugenaussagen, das Gericht zur Freisprechung der Angeklagten zu vermögen. So lange Derartiges in Griechenland geschehen kann, dürfte es mit dem Erlöschen des Brigantenthums daselbst gute Wege haben.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 23. September. Die Verhandlung gegen den Kanzler Leist, welche am 16. October vor der Disciplinarkammer in Potsdam stattfindet, wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich gehen. Letzteres geschieht nicht nur wegen der bei der Verhandlung zur Sprache kommenden Vorgänge mit den gefangenen schwarzen Frauen aus Sittlichkeitsrücksichten, sondern auch im Interesse des Deutschen Reiches im Allgemeinen. Gegen den Assessor Wehlau wird eine Disciplinarverhandlung überhaupt nicht stattfinden, da derselbe von der Bestimmung des §. 100 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1873, Gebrauch gemacht und seine Entlassung aus dem Reichsdienst unter Verzicht auf Titel, Gehalt und Pensionsanspruch nachgesucht hat. Kanzler Leist ist auf Grund des §. 72 dieses Gesetzes angeklagt, weil er gegen die §§. 10 und 13, welche bestimmen, daß jeder Reichsbeamte die Verpflichtung hat, das ihm übertragene Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, sich würdig zu erzeigen hat, sowie daß er für die Gesetzmäßigkeit seiner amtlichen Handlungen verantwortlich ist, verstoßen hat. Die Verhandlung vor der Disciplinarkammer, welche aus 5 Mitgliedern besteht, leitet Landgerichts-Präsident Dr. von Sydewitz in Potsdam. Die Staatsanwaltschaft vertritt Wirkl. Legationsrath Dr. von Dirksen in Berlin.

* **Berlin**, 23. September. Der zur Centrumspartei gehörige Reichs- und Landtagsabgeordnete Brandenburg hat jüngst in Lingen auf einer Versammlung des dortigen Volksvereins über die Stellungnahme des Centrums zu den Tagesfragen gesprochen. Beachtenswerth sind die Aeußerungen des Redners zur kirchenpolitischen Gesetzgebung, insofern sie deutlich erkennen lassen, welche Absichten in diesen Kreisen vorwalten: „Wir hatten schließlich den Centrumsantrag wegen der Aufhebung des Jesuitengesetzes. Wie Sie wissen, nahm ihn die Majorität des Reichstages an und lehnte ihn der Bundesrath ab. Aber er wird wiederkommen, sofort in der nächsten Session, und er wird endlich durchdringen. Meine Herren, wenn ich das Jesuitengesetz eben nannte, so werden Sie, glaube ich, von mir erwarten, daß ich auch ein Wort über die übrigen kirchenpolitischen Gesetze sage. Freilich sind dieselben nicht im Reichstage, sondern im preußischen Landtag ergangen; aber ich bin auch Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses — bereits seit zwölf Jahren. Ich habe die Erlasse der Maigesetze nicht miterlebt, aber ich durfte zu ihrer Aufhebung mitwirken. Leider ist die Aufhebung eine sehr unvollkommene. Nicht alle Maigesetze sind aufgehoben. In dieser Hinsicht will ich nur erwähnen, daß es auch mit der Rückzahlung der Sperrgelder noch nicht in Ordnung ist. Ich habe mich darüber im Abgeordnetenhause ausgesprochen und einen Artikel in den katholischen Zeitungen veröffentlicht. Ich verweise die interessirten Herren darauf, bin auch gern zu näherer Auskunft bereit. Meine Herren, die Maigesetze sind somit, wie ich bereits hervorhob, nur halb aufgehoben. Der Regierung ist nur Vollmacht ertheilt, von ihrer Anwendung abzusehen. Wir sind für Das, was wir als unser Recht zu fordern haben, vielfach auf die Discretion, die Gnade der Regierung angewiesen. Und dann haben wir diese Gnade sehr theuer erkauft: durch die Bewilligung der Anzeigepflicht und des staatlichen Einspruchsrechts bei der Anstellung der Geistlichen. Das ist auf die Dauer nicht zu dulden. Sie sehen, meine Herren, der Culturkampf hat noch nicht zu einem definitiven Friedensschluß, sondern nur zu einem Waffenstillstand geführt. Dagegen ist ein neuer Kampf um die Schule entbrannt, wobei das Centrum für das Recht der Eltern und der Kirche gegen das staatliche Schulmonopol einzustehen hat. Wahrlich, es ist auf dem kirchlichen und auf dem Schulgebiet für uns Katholiken noch viel zu erkämpfen und zu vertheidigen. Dazu bedürfen wir fortgesetzt des festen Zusammenhaltens und einer zielbewußten Vertretung."

— Der Regent Prinz Albrecht, der stark erkältet von den Kaisermanövern hier eintraf, und deshalb sein Vorhaben, den Herzog von Sachsen-Altenburg, seinen Schwiegervater, auf Schloß Hummelshain zu besuchen, aufgeben mußte, hat auch auf die für gestern geplante Rückreise nach Schloß Kamenz vorläufig Verzicht leisten müssen, da er sich noch nicht wohl fühlt.

— Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, kaiserlicher Statthalter in Elsaß-Lothringen, hat nach kurzem Aufenthalt Berlin wieder verlassen und sich nach Alt-Kassee in Steiermark begeben.

— Der preußische Gesandte in Dresden, Graf Dönhoff, ist aus Dresden hier eingetroffen.

— Aus deutschen industriellen Kreisen werden jetzt allerlei Klagen laut, daß die russische Regierung einerseits durch Erhöhung der Eisenbahntarife, andererseits durch allerlei künstliche Auslegungen des Zolltarifs thatsächlich die in dem Handelsvertrag mit Deutschland zugestandenen Zollermäßigungen wieder aufhebe. Es sollen darüber bereits diplomatische Verhandlungen stattgefunden haben.

— Dr. Oskar Baumann, der es abgelehnt hat, in den Verwaltungsdienst des Reiches zu treten, ist mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft nun dahin übereingekommen, daß er für sie einen Auftrag in Ostindien ausführt; dann geht er nach der ostafrikanischen Küste und zwar nach einer Vereinbarung mit der Leipziger Gesellschaft für Erdkunde, zu der er durch Dr. Hans Meyer in älteren nahen Beziehungen steht. Dr. Baumann beabsichtigt, seine Forschungsthätigkeit auf einem anderen Boden zu verpflanzen, und hat sich dazu die Inseln Zanzibar und Pemba, die noch zum Sultanat Zanzibar gehören, und die zum deutsch-ostafrikanischen Gebiete gehörige, noch sehr wenig bekannte Insel Mafia ausgewählt.

— Die Versorgung der Armee mit Conserven besorgen außer Privatfabriken noch zwei staatliche Etablissements, von denen das eine sich in Mainz, das andere, neuere, in Spandau befindet. Die Heeresverwaltung plant jetzt, einer Spandauer Meldung zufolge, noch die Gründung einer dritten Armeeconservenfabrik, und zwar im Osten des Reiches in einer der dortigen Festungen.

— Wie der Minister der Unterrichts- ꝛc. Angelegenheiten in einer unter dem 18. Juni an die Provinzial-Schulcollegien gerichteten Verfügung erklärt hat, kann es nicht gebilligt werden, daß Schüler sich zu der Schule fremd bleibenden theatralischen Aufführungen vor einem großen Publicum zusammen thun. Abgesehen von anderen Gefahren, die hiermit verbunden sein können, brache schon jede der Leitung durch Lehrer entzogene Einübung eines Theaterstückes ein Hinderniß für den regelmäßigen Fleiß der Schüler zu werden. Es werde möglich sein, den Unfug dieser Art zu steuern, wenn den Schülern zur Pflicht gemacht wird, sich vor Mitwirkung an dramatischen Aufführungen durch Anfrage bei dem Director Gewißheit darüber zu verschaffen, ob die Schule ein derartiges Vorhaben beanstanden muß oder gestatten kann. Der Minister vertraut, daß die Directoren die Entscheidung einer solchen Frage in allen Fällen gewissenhaft und sachgemäß treffen werden.

— Die Honorare für socialdemokratische Versammlungsredner schwanken nach der „Post" in Berlin zwischen sechs und zwölf Mark für die Rede. In manchen kleineren Vereinen wird auch weniger gezahlt. Der reiche Rauchert und Stadtverordnete Boeßert war in einem solchen Verein mit drei Mark Reiseunkosten zufrieden. In der Provinz, wo es zum Theil an Concurrenz fehlt, werden höhere Summen gezahlt. So erhielt in einer Nachbarstadt ein junger Berliner Handwerksgeselle, der ein erbärmliches Deutsch spricht, 25 Mark für einen Vortrag. In Havelberg forderte vor zwei Jahren ein Berliner Schuhmacher für ein Referat 20 Mark, obgleich ihm freie Zeche und freies Nachtlager gewährt worden waren.

— Daß der Ausdruck „Judenblatt" beleidigend ist, ist dieser Tage in dem Proceße des Zeitungsverlegers Rudolf Mosse gegen den Redacteur Dr. C. Müller vom „Reichsboten" wegen Beleidigung erkannt worden. Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Collmann, führte in der Begründung des Urtheils aus: „Der Ausdruck „Judenblatt" ist beleidigend, denn wenn auch allgemein von „Judenblatt" gesprochen wird, so muß man doch dabei an Personen anknüpfen — eine Zeitung selbst hat doch keine Religion. Im vorliegenden Falle ist also „Judenblatt" für Herrn Mosse beleidigend."

* **Kiel**, 22. September. Die „Prinzeß Wilhelm" lief heute Nachmittag ohne Assistenz ein und verholte sofort auf der Kaiserwerft. Ueber die Strandung der Panzercorvette bringt ein Bornholmer Localblatt nachstehende Einzelheiten:

„Am 10. September in der Frühe strandete die zu einem größeren deutschen Geschwader gehörende Panzercorvette zwischen Tejklinns und Jons Kapelle nördlich vom Städtchen Hasle an der Westküste der Insel Bornholm. Das Schiff befand sich im Verein mit einem anderen Panzerschiffe auf einer Recognoscirungsfahrt. Ein starker Nebel hatte beide Schiffe von einander entfernt und bei dem Bemühen, das begleitende Schiff wieder zu finden, gerieth „Prinzeß Wilhelm", da die Leuchtfeuer im starken Nebel nicht zu erblicken waren, mit einer Fahrt von 17 Meilen in der Stunde auf eine der Sandbänke, welche diesen Theil der Küste von Bornholm für Seefahrer so gefährlich machen. „Prinzeß Wilhelm" stand mit dem Vordersteven auf fast 4 m Wasser und es fragte sich, ob man das Schiff mit gewöhnlichen Tauen und Ketten von der Sandbank würde abbringen können. Das deutsche Kriegsschiff, welches über 60 m von der Küste entfernt lag, war Gegenstand neugieriger Bewunderung seitens der Insulaner, welche in Fischerkähnen den gestrandeten Koloß umkreisten. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, das Schiff flott zu bringen, denen Kaiser Wilhelm an Bord des „Hohenzollern" beiwohnte, gelang es endlich, dasselbe von der Sandbank abzubringen."

* **Varzin**, 22. September. Hier hat man sich für morgen auf den Besuch von etwa 1200 Herren und 400 Damen eingerichtet. Die Gäste aus Westpreußen bringen ein Musikcorps mit; außerdem kommen wieder die „Reuner" von Stargard, 42 Mann mit dem Capellmeister Kollmann, zu dem Fürst Bismarck neulich sagte: „Sind mein Regimentscollegen". Der Aufenthalt der Herrschaften dauert vier bis fünf Stunden. Gestern waren vier Delegirte in Varzin, um noch die letzten Verkehrungen zu treffen. Fürst Bismarck stellt für die Damen und für die älteren Herren 50 Erntewagen zur Verfügung. Sämmtliche Inspectoren werden den Zug zu Pferde begleiten. Nach dem Frühstück erfolgt der festliche Aufmarsch zum Schlosse. Diesmal wird aus der Umgebung der Zustrom weit stärker sein, als am Sonntag zuvor. Damals hielt ein großes Kriegerfest in Stolp, zu dem 20 Vereine erschienen waren, Viele von der Betheiligung zurück. Nach der Feier am letzten Sonntag ging es in Varzin etwas heiter zu: Vor dem neuen Gasthof saß u. A. ein Gerichtsbeamter aus Belgard, der sein Glas trank und laut rief: „Bismarck hat mir heute aus der Seele gesprochen!" „Na, das freut mich", bemerkte ein Herr, der ohne Kopfbedeckung in der Nähe stand. „Mit wem hab' ich das Vergnügen?" fragte der Andere. „Mein Name ist Schweninger", lautete die Antwort. Da sprang der Beamte auf und sagte: „O, Herr Professor, Sie kennt man ja in der ganzen Welt — würden Sie wohl ein Glas Bier mit mir trinken?" Schweninger war dazu bereit; der Fremde bestellte zwei Gläser, und als man sie geleert hatte, revanchirte sich der Professor sogleich und ließ die Seidel von Neuem füllen. Während sie heiter plauderten, kam Graf Bismarck lachend hinzu und entführte den Professor, der sich mit kräftigem Händedruck empfahl.

* **Thorn**, 22. September. Die Ansprache, die heute Bürgermeister Kohli an den Kaiser richtete und auf welche die bereits mitgetheilte hochbedeutsame Antwort des Kaisers erfolgte, lautete:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Ew. Kaiserliche und